

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seifert-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP



Leitantrag

Bildung - Migration - Integration

Beschluss des CSU-Parteitags

12./13. Dezember 2014, NürnbergMesse

Leitantrag „Bildung - Migration - Integration“

Die Gesellschaft verändert sich. Auch Bayern ist vielschichtiger und heterogener geworden. Die Vielfalt an Lebensmodellen, kulturellen Prägungen und Erfahrungen nimmt zu. In gleichem Maße wächst die Bedeutung der Bildung für die Zukunft unseres Landes. Bildung ist der Schlüssel für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft. Bildung schafft Aufstiegschancen für jeden und jede. Bildung ermöglicht den Zusammenhalt aller. Deshalb investieren wir in Bayern bereits mehr als jeden dritten Euro in die Bildung.

Bei uns in Bayern gelingt die Integration am besten von allen Ländern. Unser Erfolgsrezept heißt: Integration durch Bildung – mit maßgeschneiderten Angeboten dort, wo es besonders hohe Migrantenanteile gibt und eine noch gezieltere Förderung der Kinder notwendig ist.

Seit 1990 sind per Saldo mehr als 1,5 Millionen Menschen zu uns gekommen, davon fast 700.000 aus dem Ausland. Dieser hohe Zuzug hat Gründe. Die Menschen kommen zu uns ins erfolgreiche Bayern, weil sie hier die besten Zukunftschancen für sich und ihre Familien sehen. Die Menschen kommen zu uns, weil sie sich mit unseren bayerischen Werten identifizieren. Das erwarten wir auch. Sie wollen auf eigenen Füßen stehen, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, etwas leisten und sich ein gutes Auskommen erarbeiten.

Wer mit dieser Absicht zu uns kommt, wer unsere Werte schätzt und mit uns leben will, ist ein Gewinn für Bayern und mit seinen Ideen und Fähigkeiten eine Bereicherung für unser Land. Nicht willkommen sind uns hingegen Menschen, die unsere Rechts- und Werteordnung missachten und die Toleranz unserer Gesellschaft ausnutzen wollen. Auch künftig gilt für uns: Keine Zuwanderung in die Sozialsysteme!

Die deutsche Staatsbürgerschaft bleibt für uns ein unverzichtbarer Bestandteil gelingender Integration. Wir lassen keine Aufweichung des Staatsbürgerschaftsrechts zu. Die deutsche Staatsbürgerschaft kann niemals erhalten, wer Hass predigt und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft. Zugleich begrüßen wir es, wenn dauerhaft hier lebende Menschen mit ausländischen Wurzeln die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben und damit ein klares Bekenntnis zu unserem Land und seinen christlich-abendländischen Werten ablegen.

Fördern und Fordern

Unsere erfolgreiche Integrationspolitik beruht auf dem Grundsatz des Förderns und Forderns. Kein anderes Bundesland ist so attraktiv für leistungswillige junge Menschen wie Bayern. In keinem anderen Bundesland werden aber zugleich auch so deutliche Erwartungen an Migranten formuliert wie in Bayern. Integration erfordert klare Vorgaben, auf denen wir auch in Zukunft bestehen werden.

Bayern ist eine starke Gemeinschaft. Unsere Geschichte und Tradition, unsere Kultur und unsere Werte haben eine einzigartige, starke Identität geformt. Solidarität und Zusammenhalt sind Grundpfeiler unserer Gesellschaft und dies muss auch in Zukunft so bleiben. Die Menschen, die zu uns kommen, müssen sich aktiv in diese Gesellschaft einfügen. Dafür geben wir ihnen die notwendige Förderung an die Hand.

Voraussetzung für eine gelingende Integration ist, dass die Menschen, die zu uns kommen,

- integrationswillig sind und unsere Förderangebote annehmen,
- die deutsche Sprache lernen und gebrauchen,
- leistungsbereit sind und ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten wollen und
- sich uneingeschränkt zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zu unserer Rechtsordnung bekennen.

Wer das beherzigt, für den kann Bayern eine neue Heimat werden.

Integration durch Bildung

Bildungs-Teilhabe ist die beste Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. So wie wir in der Bildungspolitik bundesweit und international Maßstäbe gesetzt haben, gelingt uns dies auch bei der Integration durch Bildung. Bayern hat als erstes Land konsequent auf das Erlernen der deutschen Sprache schon vor der Schule geachtet. Sprachförderangebote an Kindergärten und Grundschulen wollen wir noch weiter ausbauen. Wir haben Übergangsklassen eingeführt und an Schulen mit hohem Migrationsanteil die Klassengrößen radikal verringert. Bei uns steht der Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen im Mittelpunkt der Bildungspolitik. Wir wollen deutsche und ausländische Kinder bestmöglich fördern und für den modernen Arbeitsmarkt qualifizieren.

Unser bewährtes differenziertes Schulsystem und die duale Berufsausbildung sind beispiellose Erfolgsmodelle. Durch eine Intensivierung der individuellen Förderung führen wir Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt an unser Bildungsniveau heran. Von den verringerten Klassengrößen profitieren deutsche Kinder gleichermaßen. Wir stehen für Chancenvielfalt und Chancengerechtigkeit in der Bildung und durch die Bildung.

Integration durch Sprache

Damit das gesellschaftliche Miteinander funktioniert, müssen Migranten die deutsche Sprache lernen. Der Nachzug von Familienangehörigen aus Staaten außerhalb der EU und der Türkei soll weiterhin grundsätzlich an den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse vor der Einreise gebunden bleiben. Für Ausländer, die ohne Sprachkenntnisse einreisen oder hier bleiben dürfen, bieten wir Sprachförderung in allen Lebenslagen an. Wer dauerhaft hier leben will, soll motiviert werden, im täglichen Leben deutsch zu sprechen.

Integration durch Arbeit

Mit unserer starken Wirtschaft und Innovationskraft sind wir internationale Leitregion. Erfolgreiche Unternehmensgründungen, hochqualifizierte Arbeitsplätze und eine dauerhaft niedrige Arbeitslosenquote zeichnen den Standort Bayern aus. Wir bieten jedem Einzelnen die Aussicht auf eine gelingende Zukunft. Hoch- und Höchstqualifizierte aus aller Welt in Forschung und Wissenschaft, Management oder Kultur entscheiden sich mit guten Gründen für Bayern. Für weitere Erleichterungen zum Zuzug ausländischer Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten sehen wir jedoch keinen Bedarf.

Auch wer sich aus humanitären Gründen bei uns aufhält, soll zeitnah arbeiten dürfen. Wir haben uns erfolgreich für eine Absenkung der Sperrfrist für Asylbewerber auf drei Monate eingesetzt. Auf diese Weise wird unser Gemeinwesen entlastet und eine Nachfrage in den Betrieben erfüllt. Die Arbeitsmöglichkeiten dürfen aber kein Anreiz für illegale Zuwanderung sein. Bei abgelehnten Asylbewerbern hat deshalb die Durchsetzung der Ausreisepflicht weiterhin Vorrang.

Bekennnis zum Rechtsstaat

Unser Zusammenleben fußt auf einem starken Rechtsstaat und universellen, christlich-abendländisch geprägten Grundwerten. Wer hier lebt, hat diese Grundwerte und unsere Rechtsordnung anzuerkennen. Integration bedeutet ein Miteinander, nicht ein Nebeneinander oder gar Gegeneinander. Deshalb dulden wir keine Parallelgesellschaften und keine Paralleljustiz und werden diese mit allen Mitteln verhindern.

Wir haben immer gesagt: Wer unsere Gastfreundschaft missbraucht, muss gehen. Das gilt für straffällige Ausländer, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, ebenso wie für jene, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen oder bekämpfen. Wir werden uns auch weiterhin für eine konsequente

Rückführung all jener einsetzen, die kein Aufenthaltsrecht haben oder dieses verwirken.

In Bayern ist kein Platz für religiösen Extremismus. Wir sorgen auch weiterhin dafür, dass die salafistische Szene scharf beobachtet wird. Der Schutz unserer Bevölkerung genießt oberste Priorität. Gefährliche Aktivisten werden wir auch zukünftig in ihre Herkunftsländer abschieben.

Asylrecht schützen

Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl und zur Genfer Flüchtlingskonvention. Wer Opfer von politischer Verfolgung ist oder aufgrund von Krieg oder Bürgerkrieg um sein Leben fürchten muss, bedarf unseres Schutzes und soll ihn auch bekommen.

Wir fordern, dass Asylverfahren deutlich beschleunigt werden, damit jeder Asylbewerber schnell Klarheit erhält, ob er bleiben kann oder unser Land wieder verlassen muss. Die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte Verfahrensdauer von drei Monaten wird von uns deshalb nachdrücklich eingefordert.

Besonderer Fürsorge bedürfen die jungen Menschen, die uns ohne ihre Eltern erreichen. Diese unbegleiteten Minderjährigen haben oft Monate oder Jahre der Flucht mit einschneidenden Erlebnissen fernab der eigenen Familie hinter sich. Hier stehen sie vor einer ungewissen Zukunft. Wir werden uns um sie mit ihren Sorgen und Ängsten kümmern und ihnen bei der Verarbeitung des Erlebten helfen. Wir wollen ihnen rasch den Zugang zu Bildung und Ausbildung und zu einer sicheren Zukunft ermöglichen. Deshalb soll über ihr Bleiberecht jeweils zügig entschieden werden, damit sie gegebenenfalls auch eine Ausbildung im dualen System verlässlich absolvieren können. Den betroffenen Kommunen werden wir bei dieser Aufgabe zur Seite stehen.

Wir können aber nicht alle aufnehmen, die zu uns wollen. Wir können weder in Bayern noch in Deutschland die Krisen der Welt lösen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sich die Sicherheitslage und die Lebensbedingungen in den Heimatländern der Flüchtlinge und Asylsuchenden nachhaltig verbessern, um ihnen dort eine Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Von vornherein kein Grund für die Anerkennung als Asylberechtigter oder Flüchtling sind hingegen wirtschaftliche Motive. Wir haben dafür gesorgt, dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsländer anerkannt wurden. Damit haben wir auf den drastischen Anstieg der Asylbewerber aus diesen Staaten reagiert, deren Anerkennungsquote gegen Null tendiert. Die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten führt neben einer weiteren Verfahrensbeschleunigung insbesondere zu einer deutlichen Signalwirkung an die Herkunftsländer.

Innerhalb Europas müssen die Flüchtlinge gerechter verteilt werden. Wir werden uns nachdrücklich dafür einsetzen, dass auch andere Länder in Europa ihren Teil der Verantwortung übernehmen.

Sozialmissbrauch verhindern

Wir sagen: Ja zur Freizügigkeit für EU-Bürger, die wirklich arbeiten wollen, aber nein zu Sozialtourismus und Sozialmissbrauch. Wer nur nach Deutschland kommt, um sich in die soziale Hängematte zu legen, dem werden wir Sozialleistungen verweigern.

Um zunehmenden Missbrauch zu unterbinden, haben wir auf Bundesebene zentrale Maßnahmen zur Eindämmung der sogenannten Armutsmigration durchgesetzt. Fälle von Rechtsmissbrauch oder Betrug im Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsrecht, im Bereich Schwarzarbeit und Kindergeldbezug können nun konsequent geahndet werden. Es gelten strengere Aufenthaltsregeln und Einreisesperren sind möglich. Die Kommunen, die besonders vom Zuzug aus EU-Mitgliedsstaaten betroffen sind, haben wir weiter entlastet. An dieser Politik wollen wir festhalten.

Deutsche Staatsbürgerschaft

Wir wollen die deutsche Staatsbürgerschaft als Bekenntnis zu unserem Staat und zu unserer Rechts- und Werteordnung erhalten. Die Einbürgerung soll der Schlusspunkt einer gelungenen Integration sein. Eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir ab, die Mehrfachstaatsbürgerschaft bildet weiterhin den Ausnahmefall. Ein straffreies Vorleben sowie ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sind unabdingbare Voraussetzungen für die Einbürgerung.